

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis 10 Sgr. 12 Pf., m. Botenl. 2 Sgr., monatlich 7 Sgr. 6 Pf., mit Botenl. 8 Sgr. 6 Pf.

Volks-Zeitung.

Vierteil. 25 Sgr. 6 Pf., m. Botenl. 25 Sgr. 6 Pf. — D. Abonn.-Preis ist bei allen Postanstalten des Inl. 25 Sgr.; d. Ausl. 1 Thlr. 5 Sgr. — Inser. d. gewöhnl. Petitzeile 2 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

N^o 79.

— Berlin, Freitag, den 3. April —

1857.

Vor zehn Jahren.

III.

Als am 3. Februar 1847 das Patent erschien, welches den ersten vereinigten Landtag zum 11. April*) zusammenberief, fand es, wie bereits erwähnt, in der großen Bevölkerung des Bürgerthums ganz außerordentlich viel Stoff vor dunklen Wünschen, Kämpfen, Erregungen und Hoffnungen vor; allein die politische Bedeutsamkeit des Patents mußte erst von Denen deutlich gemacht werden, die sich weniger mit den Bestrebungen des Tages und mehr mit dem strengen Staatsrecht beschäftigt hatten. — Es machten sich hierbei zwei Ansichten geltend.

Es giebt nämlich in der Politik einen zweifachen Maßstab der Beurtheilung, der eine ist der Maßstab der Zweckmäßigkeit, der andere der des bestehenden Gesetzes und Rechtes; beide gerathen nicht selten in Konflikt mit einander, und dies war auch in Bezug auf das Patent vom 3. Februar der Fall.

Das Patent war, wie wir sogleich sehen werden, ein großer Fortschritt in den faktischen Rechten des Volks; aber es war ein ebenso großer Rückschritt gegen die Verheißungen und Rechte, die dem Volk durch Gesetze aus den Jahren 1815 und 1820 feierlich zugesichert wurden. Die Politiker der Zweckmäßigkeit riethen daher zur Annahme der Rechte, die das Patent dem Volke bot, um durch dasselbe sich weitere Rechte, wie sie dem Volke gebühren, zu erwerben; die Politiker des Rechtsstandpunktes legten Protest gegen das Patent ein und wollten dessen Zurückweisung, weil es staatsrechtlich den Rechten des Volkes Abbruch that, welche ihm bereits durch Gesetze zugesagt worden waren.

Daß dem so war, ließ sich nicht bestreiten. Im Mai 1815 hatte der verstorbene König von Wien aus — in der Zeit, wo Napoleon von Elba zurückgekehrt und in Frankreich mit einem Enthusiasmus aufgenommen war, der die Erfolge des Befreiungskrieges sehr in Zweifel stellte — eine Kabinettsordre erlassen, in welcher er dem preussischen Volke die Zusicherung gab, daß eine „Repräsentation des Volkes“ gebildet werden solle. Diese Volksvertretung sollte zunächst in Provinzialständen bestehen, die gesondert in

jeder Provinz zusammentreten sollten. Aus diesen aber sollte eine Landes-Vertretung, „Landesrepräsentation“ gebildet werden, welche in Berlin ihren Sitz haben sollte. Dieser Landesvertretung sollte das Recht der Berathung aller Gesetze zustehen, welche Personen und Eigenthum mit Einschluß der Besteuerung beträfen.

Nähere Bestimmungen hierüber ließ die Kabinettsordre im Dunkeln; nur aus den Denkwürdigkeiten Stein's, der den Plan hierzu längst gefaßt hatte, und aus denen Hardenberg's, der diese Kabinettsordre mit unterzeichnete, geht hervor, daß hierunter eine Landesvertretung verstanden worden, die das Zustimmungsrecht zu den Gesetzen besitzen sollte.

Der hierauf folgende Krieg und Sieg und die Erschöpfung und Noth des Landes nach demselben ließ eine weitere Ausführung dieses Gesetzes sobald nicht zu. Erst im Jahre 1820, wo die Finanzen des Staates geordnet werden sollten, erschien wieder ein Gesetz, das auf die „künftige reichsständische Versammlung“ verwies, und zwar in folgender Weise.

Der Staat war stark verschuldet; um Ordnung in diese Angelegenheit zu bringen, wurde die Summe der Schuld auf 180 Millionen Thaler ein für allemal festgestellt. Der König versagte sich und seinen Nachfolgern das Recht, neue Schulden zu machen, legte vielmehr dem Staat die Pflicht auf, fortdauernd diese Schuld zu tilgen; fügte jedoch hinzu, daß, wenn das Staatswohl es einmal erheischt, neue Schulden zu kontrahiren, dies nur „unter Zuziehung und Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung“ geschehen dürfe.

Es ist bekannt, daß die Regierung schon in den darauf folgenden Jahren abweichend von den volksthümlichen Grundsätzen, die Stein, Hardenberg und deren große Gesinnungsgenossen als Bedingung des Staatswohls erkannt und aufgestellt hatten. Viele verheißene Gesetze — unter diesen auch die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen — blieben unausgeführt und ebensowenig trat die verheißene „Reichs-Vertretung“ in's Leben. Nur die Provinzialstände wurden im Jahre 1823 gebildet; aber mit so beschränkten Rechten und Befugnissen, daß sie nicht eine Erfüllung, sondern eine Verkümmern der verheißenen Einrichtung genannt werden konnten.

Obwohl König Friedrich Wilhelm III. jede Mahnung an die Verheißungen als Ungebührlichkeit entschieden zurückwies, muß ihm doch die Geschichte die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er in Bezug auf die Finanzen des Landes streng seine Pflichten inne hielt. Die Staatsschuld

*) Wir bitten, hiernach den Druckfehler im gestrigen Blatte, in welchem statt des 11. April der 1. April als Tag des Zusammentrittes des Landtages bezeichnet ist, berichtigen zu wollen.

wurde nicht vermehrt, sondern durch Verkauf von Domänen und sonstige Verbesserungen des Staatshaushalts vermindert, zudem sammelte er noch einen Staatsschatz von beträchtlicher Höhe, über den indessen ein näherer Ausweis noch fehlt.

Schon beim Regierungsantritt Sr. Majestät des jetzigen Königs erinnerten die Stände bei der Huldigung an die Verheißungen der Jahre 1815 und 1820. Städtische Vertretungen und spätere Provinzial-Landtage wiederholten diese Mahnungen, obschon sie wiederholt entschieden zurückgewiesen wurden. — Die Art, wie dies von Seiten der Behörden geschah, charakterisirt sich hinreichend durch den Erlaß des Ministers Kochow, der dem „beschränkten Unterthanen-Verstand“ Schweigen auferlegte gegenüber der Weisheit der Regierung.

Als nun inmitten der Erregungen und Bewegungen, denen dieser Kampf des „Unterthanen-Verstandes“ mit der unfehlbaren „Weisheit der Regierung“ jahrelange Nahrung gegeben hatte, im Jahre 1847 das Patent erschien, das den ersten vereinigten Landtag berief und in dieser Berufung die Erfüllung jener Verheißungen behauptete, war sein erster Eindruck die Wiederbelebung des Rechtsstreites.

Die juristischen Politiker wiesen überzeugend nach, daß dies nicht die verheißenen „Reichsstände“ seien. Es lag in dem Begriff der Reichsstände, daß sie zu bestimmten Zeiten einberufen werden müssen, das Patent stellte das Recht der Einberufung des Landtages ganz in das Belieben der Krone, den Reichsständen sollte das Recht zustehen, neue Steuern und Anleihen zu bewilligen; das Patent wies dieses Recht einem Ausschuss von acht Personen zu. Einer reichsständischen Versammlung mußte mindestens das Recht zustehen, Petitionen mit einfacher Majorität an die Krone zu richten; das Patent hatte hiergegen sich eine Bestimmung gewahrt, nach welcher zu jeder Petition die Zustimmung von zwei Dritteln jeder Kurie des Landtages nöthig war, und in Folge dieser Bestimmung waren sämtliche fünfhundert Mitglieder der zweiten Kurie nicht im Stande, durch einstimmigen Beschluß eine Petition zu beschließen, wenn dreißig Mitglieder der ersten Kurie dagegen waren.

Die juristischen Politiker forderten daher, daß die Stände sich versammeln, aber nur zu dem Zwecke der Ablehnung des Patents versammeln und sofort auseinandergehen sollten. In der Bevölkerung indessen lebte das richtigere Gefühl, daß das Berufen und starre Festhalten alter Pergamente unfruchtbar sei für die Bedürfnisse der Gegenwart. Es machte sich die Ansicht, bewußt und unbewußt, geltend, daß die Rechte jeder Zeit auch unverbriefte Rechte seien und es deshalb falsch sei, einzig und allein die Konsequenzen verbrieftter Rechte zu fordern.

Gleichwohl erregte die staatsrechtliche juristische Frage im höchsten Grade die Gemüther und vermehrte die Aufregung, welche ohnehin durch alle Klassen der Bevölkerung ging. Man sah daher mit außerordentlicher Spannung dem Zusammentritt des vereinigten Landtages zum 11. April entgegen und hatte ein dunkles Vorgefühl, daß trotz des Patents die Versammlung den Charakter einer Volksvertretung annehmen, die engen Schranken der Bureaukratie durchbrechen und im Kampf des sogenannten „beschränkten Unterthanen-Verstandes“ mit der unfehlbaren Weisheit der Regierung einen Sieg von historischer Bedeutung erringen werde.

Daß dieses Bewußtsein nicht irre geführt, hat der Erfolg erwiesen, und wollen wir nunmehr darthun.

Erklärung des Abgeordneten von Saucken-Julienfelde.

Angeichts einer so tiefgreifenden Maßregel die die Ertragskraft der Salzsteuer halte ich es, so lange diese Maßregel noch abgewendet werden kann, für meine unabweißliche Pflicht, praktische Erfahrungen, die zur Prüfung der wichtigen Frage dienlich sind, dem Publikum nicht vorzuenthalten. Da mir im Hause der Abgeordneten durch den Schluß der Debatte das Wort entzogen wurde, ersuche ich eine geehrte Redaktion, den folgenden Bemerkungen einen Platz in Ihrem Blatte gönnen zu wollen.

Seit einer Reihe von Jahren habe ich den Salzverbrauch der ländlichen Familien in meiner Heimat, den ich durch die Anwendung eines einfachen Mittels genau zu kennen in den Stand gesetzt war, mit Aufmerksamkeit beobachtet. Das Resultat dieser Beobachtungen weicht von den Annahmen der Regierung erheblich ab.

Die Motive des Regierungs-Entwurfs veranschlagen — nach Abzug eines ganz willkürlich abgemessenen Quantums (von 6½ Pfd. pro Kopf) zum Gebrauch für gewerbliche Zwecke und Gegenstände des auswärtigen Verkehrs — den Verbrauch an Salz, soweit es im Inlande als Nahrungsmittel konsumirt wird, auf nur 10 Pfd., höchstens 12 Pfd. pro Kopf, und berechnen darnach die Mehrausgabe, die jeder Familie durch die beabsichtigte Steuererhöhung zur Last fallen würde. Nach meinen Beobachtungen beläuft sich in meiner Heimat der Verbrauch von Salz zum unmittelbaren Genuß, je nach den verschiedenen Familien auf 15 bis 19 Pfd. pro Kopf, obgleich ich bei dieser Durchschnittsberechnung einige vereinzelte Fälle eines ausnahmsweise starken Verbrauchs außer Acht gelassen habe.

Durch einen Zufall habe ich erfahren, daß die Beobachtungen eines meiner Grenznachbarn und jetzigen Kollegen im Hause der Abgeordneten —, dessen Zeugniß, als das Ergebnis sehr sorgfältiger Ermittlungen ich, dazu ermächtigt, gern anführe, für seinen Wirkungsbereich dasselbe Minimum des Salzverbrauchs (von 15 Pfd. pro Kopf) und ein Maximum von mehr als 18 Pfd. pro Kopf ergeben haben.

Zweitens kann ich versichern, daß der Salzverbrauch mit der Armuth der Familien in merklicher Weise zunimmt. Jenes Maximum von 19 Pfd. pro Kopf fällt hauptsächlich auf die allerärmsten Familien, die keine Kuh besitzen, bei denen also Milch keine gewöhnliche Speise und Butter ein ganz seltener Genuß, Salz aber das einzige Mittel ist, ihre tagtägliche Nahrung, Brod, Kartoffeln und Gemüse, schwachhaft und genießbar zu machen. Diese Beobachtung ist so durchgreifend, daß sich selbst der Umstand, ob die Familie eine oder zwei Kühe besitzt, im Salzverbrauch noch bemerkbar macht.

Nehme ich nun den durchschnittlichen Salzverbrauch in meiner Heimath auf 17 Pfd. pro Kopf an, so konsumirt eine Familie von 5 Personen jährl. 85 Pfd., bish. Pr. 2 thlr. 15 sgr. 6⅔ pf. künftiger Preis 3 thlr. 4 sgr. 5⅓ pf.
von 6 Personen jährl. 102 Pfd., bish. Pr. 3 thlr. — sgr. 8 pf., künftiger Preis 3 = 23 = 4 =
von 8 Personen jährl. 136 Pfd., bish. Pr. 4 thlr. — sgr. 10⅔ pf. künftiger Pr. 5 = 1 = 1⅓ =

Die Mehrausgabe beläuft sich also für einen Haushalt von 5 Personen auf 18 sgr. 10⅔ pf., oder gegen 62 Prozent der Klassensteuer (à 1 thlr.); von 6 Personen, auf 22 sgr. 4 pf. oder 75 Prozent der Klassensteuer; von 8 Personen, auf 1 thlr. 2⅔ pf., oder über 100 Prozent der Klassensteuer.

Dieses ist die Mehrausgabe für den durchschnittlichen Salzverbrauch. Sie ist noch beträchtlicher bei den höheren Verbrauchsstufen, d. h. sie wächst, je ärmer die Familien werden; und da sie gleichzeitig mit der Kopfszahl der Familie steigt, drückt sie am schwersten gerade auf diejenigen Familien, die sich schon in Folge der Zahl ihrer Mitglieder in besonders bedrängter Lage befinden.

Auch habe ich bei dieser Berechnung den Faktorei-Preis zum Grunde gelegt. Für diejenigen Familien, die ihren Salzbedarf von dem Kleinhändler, entnehmen müssen, — und diese bilden die überwiegende Mehrzahl — stellt sich das Verhältniß natürlich noch ungünstiger.

Ich glaube, diese Zahlen sprechen so deutlich, daß es einer weitern Erörterung nicht bedarf. Es wird nicht geleugnet werden können, daß gerade diese Steuer, die mit der Armuth und Größe

einer Familie wächst, indem sie das unentbehrlichste und zur Erhaltung der Gesundheit so notwendige Bedürfnis belastet, recht eigentlich vom Schweize der Natur sich nährt und schon aus diesem Grunde allein vom allgemein menschlichen Standpunkte aus verurtheilt zu werden verdient.

N. v. Sacken-Julienfelde.

Berlin, den 2. April 1857.

— In der Sitzung der Budgetkommission der Abgeordneten vom 31. v. M. wurden die Berichte über den ersten und zweiten Theil des Etats des Kriegs-Ministeriums und der Schlussbericht verlesen und genehmigt. Nach der Zeit wurde noch folgender Antrag eingebracht: „Bei dem hohen Hause zu beantragen, dasselbe wolle sich damit einverstanden erklären, daß nur in dem ersten Jahre jeder neuen Legislaturperiode dem Staatshaushalts-Stat die dazu gehörigen Anlagen in der bisherigen Vollständigkeit und Ausführlichkeit beigelegt, dagegen in dem zweiten und dritten Jahre jeder Legislaturperiode diese Anlagen in der Regel auf die Haupt-Stats der einzelnen Verwaltungszweige mit ausführlicher Erläuterung und Begründung aller gegen den vorigen Stat eingetretenen Veränderungen beschränkt werden.“ — Der Regierungskommissarius erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden, die Beschlußnahme über denselben wurde jedoch auf die nächste Sitzung vertagt.

— Der „Ezas“ erfährt aus „Ätherer Quelle“, daß der ehemalige preussische Gesandte in Kopenhagen und dann in Madrid, Graf A. Maczynski, seine reiche Silbergalerie in Berlin dem König zum Geschenk gemacht habe.

— In einer der letzten Sitzungen hat das Obertribunal in dem Prozeß zwischen den Gesellschaften der Wilhelmsbahn und der ober-schlesischen Eisenbahn in Betreff der im Herbst 1855 auf räthselhafte Weise während des Transports von Myselowitz nach Ratibor entwendeten 40,000 Gulden Banknoten die endliche Entscheidung gefällt. Die von der Wilhelmsbahn erhobene Klagebeschwerde ist verworfen und sonach der Anspruch auf Erstattung der obigen Summe gegen die ober-schlesische Eisenbahn rechtskräftig zurückgewiesen.

— Vor dem Stadtschwurgericht erfolgte gestern die Verhandlung einer Anklage wegen Urkundenfälschung gegen den erst zwanzig Jahre alten Hausdiener Haß, denselben, der sich bei seiner Mitte Dezember v. J. auf dem Eisenbahnhofe zu Spandau stattgehabten Verhaftung für den Grafen Pourtales aus London ausgegeben hatte. Der Angeklagte stand nämlich bei dem geh. Ober-Finanz- und Staatsrath Köhne hier selbst in Dienst und empfing am 13. Dezember v. J. von dem Briefträger einen Geldpostschein über 582 Thaler, um ihn seinem Herrn zu übergeben, unterschrieb den Postschein Namens desselben und besiegelte ihn auch mit dem ihm zugänglichen Petschaft seines Dienstherrn. Demnächst empfing er hierauf bei der Post die erwähnte Summe von 582 Thalern, lehrte damit aber nicht in seinen Dienst zurück, sondern nahm das Geld an sich und beabsichtigte, damit fortzugehen. Er wurde schon in Spandau festgenommen und verhaftet. Man fand bei ihm noch 545 thlr., 37 thlr. hatte er bereits verausgabt. Der Angeklagte war geständig, weshalb der Verteidiger beantragte, mildernde Umstände anzunehmen. Die Geschwornen verneinten aber die ihnen mit Bezug hierauf vorgelegte Frage und der Gerichtshof verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 3 Jahr Zuchthaus und 300 thlr. Geldbuße oder noch 4 Monate Zuchthaus.

— Vor den Schranken des Kriminalgerichts stand vorgestern der Zimmergesell Lipp, der unter der Vorspiegelung, ein Schatzgräber zu sein, mehrere Betrügereien begangen hatte. Derselbe, bereits früher wegen Diebstahls und Unterschlagung bestraft, kam vor einiger Zeit zu einem hiesigen Schneidermeister und spiegelte ihm vor, daß ihm eine alte Frau auf dem Sterbebette das Geheimniß anvertraut habe, daß in seinem Keller ein Schatz von 2000 thlrn. vergraben liege. Bevor er denselben heben könne, müsse er ihm aber zwei thlr. geben. Der leichtgläubige Schneider gab dem Betrüger in Ermangelung baaren Geldes einen alten Rock, den der Angeklagte sofort verkaufte. Natürlich grub der Schneider in seinem Keller vergeblich nach dem Schatz. — Unter derselben Vorspiegelung suchte der Angeklagte von einem Hausknecht 2 thlr. zu erschwindeln, die er aber nicht erhielt, weil der

Hausknecht der Angabe des Angeklagten keinen Glauben schenkte, ihn vielmehr verhaften ließ. In Anbetracht des offenen Geständnisses des Angeklagten nahm der Gerichtshof das Vorhandensein mildernder Umstände an und verurtheilte den Angeklagten nur zu vier Wochen Gefängnißstrafe.

— In einem uns mitgetheilten Schreiben von J. Czersti, datirt Schneidemühl vom 30. März, widerspricht derselbe der zuerst von der „Bresl. Zig.“ gebrachten Nachricht, daß die christkatholische Gemeinde in Schneidemühl in Begriff steht, sich aufzulösen. „Die hiesige Gemeinde — heißt es in dem Schreiben — und mit ihr die chodziesener, eine Filiale der hiesigen, die in erfreulicher Weise an Mitgliederzahl, an Muth und Ueberzeugungstreue fortwährend wächst, hat noch nie daran gedacht sich aufzulösen und denkt jetzt nach überwundenen Kriegen um so weniger daran, als sie im Christkatholizismus den reagirenden Elementen auf dem Gebiete der bevorzugten Kirchen gegenüber das einzige Palladium für geistige Freiheit erblickt.“

— Die berlin-schönhauser Omnibuslinie beginnt von jetzt ab nicht mehr vom Lustgarten, sondern erst vom Garschen Markte ab.

— *Am Palm-Sonntag, den 19. d., Abends um 1/25 Uhr, findet in der Nikolaikirche die Aufführung der „Versöhnungsleiden Jesu“, von Graun, durch das Schöndorfsche Gesangs-Institut statt. Die Solis haben die Fr. Conradi und Jemer und die Frn. Böttcher und Geyer übernommen. Da die Einnahme zu wohlthätigen Zwecken bestimmt ist, so nehmen wir Veranlassung unsere Leser auf diese Aufführung aufmerksam zu machen.

— Das langerkehrte Gastspiel Karl La Roche's aus Wien findet in der Königsstadt am Sonnabend (zum Besten der Perseverantia) statt. La Roche wird in seiner Glanzrolle als Magister Reislund im „alten Magister“ von Benedix auftreten.

— Theater am Freitag, 3. April. Schauspielhaus: Aus dem Leben. Opernhaus: Die lustigen Weiber von Windsor. Friedrich-Wilhelmsstadt: Berliner Hölle. Königsstadt: Wieder-mann und Konjorten. (Dr. Ascher.) Doktor Besche. Kroll: Prinz Hönigschnabel.

Dirschau, 31. März. Das Eis, welches sich in der Rogat gegen die Brückenpfeiler gestemmt hatte, ist gestern ebenfalls in Bewegung gekommen. Der Strom ist eisfrei. An Aufstellung der Pontonbrücke in Dirschau wird bereits gearbeitet.

Bonn. Die „N. Allg. Ztg.“ vernimmt von zuverlässiger Seite, daß der Prinz von Wales noch in diesem Sommer die Hochschule Bonn beziehen werde, um zwei Jahre hier den Studien obzuliegen.

Baden. Ein mehr als bloß pitanter Preßmaßregelungsfall giebt viel zu reden und noch mehr zu denken. Die zu Karlsruhe erscheinende konservative, aber nicht (wie die „Karlsruher Ztg.“) offizielle „Badische Landeszeitung“ wurde nämlich unter Androhung der Konzeptionsentziehung amtlich verwahrt. Das Vergehen bestand darin, daß das genannte Blatt, indem es von einem allgemeinen Stadtgespräch Notiz nahm, einen Obersten zum Generalmajor avanciren ließ, der noch heute Oberst ist.

Wien. Der Banus von Kroatien, Feldzeugmeister Graf Jellachich, ist hier eingetroffen, um sich wegen seines Brustabfalls einer homöopathischen Kur zu unterziehen.

Paris, 31. März. In der neuenburger Angelegenheit ist noch keine Entscheidung getroffen. Der schweizerische Bevollmächtigte Dr. Kern hat die von Preußen gestellten Bedingungen für die Verzichtleistung auf die Souveränität über das Fürstenthum in der vierten Sitzung der Konferenz am 25. März zur Berichterstattung entgegen genommen. Man vernimmt, (so wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben) daß die Nachricht unbegründet war, Preußen habe seine Verzichtleistung auf die Souveränität von einer vorhergehenden Anerkennung derselben durch die Schweiz abhängig gemacht. Es wird übrigens versichert, daß die Großmächte in ihrer Erklärung an Preußen diese Verzichtleistung nicht als die Grundlage der Verhandlung gefordert, sondern als das zu erreichende Ziel aufgestellt hatten. Nimmt die Schweiz die preussischen Forderungen an, so liegt darin schon die Anerkennung einer freiwilligen Verzichtleistung eingeschlossen. — Das „Bays“ hielt es heute für nöthig, nochmals daran zu erinnern, daß Napoleon III. der Schiedsrichter von Europa geworden ist. Es giebt dabei eine Uebersicht aller Thaten Louis Napoleons seit dem Friedens-

schlusse und bestätigt dabei die Nachricht, daß Dänemark, das es den traditionellen Verbündeten Frankreichs nennt, Louis Napoleons Unterstützung in seiner Differenz mit den deutschen Mächten angerufen habe. — Die französische Akademie schritt heute zur Wahl eines Mitgliedes an Salvandy's Stelle. Es wurde zweimal abgestimmt; bei der zweiten Abstimmung wurde Hr. Emil Augier mit 19 gegen 18 Stimmen, die sein Mitbewerber Hr. de Laprade erhielt, als Akademiker proklamiert. — Die Zahl der in voriger Woche hier vorgenommenen politischen Verhaftungen, angeblich wegen Komplotts, beträgt 70 bis 80. Bei einem der Verhafteten soll man Instruktionen vorgefunden haben, die von einem der Hauptführer unserer in London sich aufhaltenden Demokraten ausgegangen und, wie verlautet, so ernsten Inhalts sind, daß sie unsere Regierung berechtigen, von der britischen Regierung die Auslieferung des betreffenden Individuums zu verlangen, um dasselbe in Frankreich vor Gericht stellen zu können. (?) Man erzählt sich, daß einer der hier Verhafteten aus dem Fenster sprang und schwer verletzt ergriffen wurde. — Für nächsten Herbst werden die „Denkwürdigkeiten Talleyrand's“ angekündigt, von denen es früher hieß, daß sie erst fünfzig Jahre nach seinem Tode erscheinen sollten.

London, 31. März. Der „Gerald“ spricht die Ansicht aus, daß das Ministerium bei den Neuwahlen etwa 5 Stimmen eingebüßt habe. Die „Times“ hingegen schätzt den bisherigen Gewinn der Regierung auf 19 und der „Globe“ auf 21 Stimmen. — Admiral Lyons hat am 23. März den Bosphorus auf dem „Royal Albert“ verlassen, um nach England zurückzukehren.

London, 1. April. Der Ertrag der englischen Steuern während des verfloffenen Vierteljahres weist eine Zunahme um 2 Mill. 525,066 Pfd. St. auf. — Mit dem Dampfer „Kangaroo“, der New-York am 19. März verließ, sind folgende Nachrichten eingetroffen: Durch den neuen Vertrag mit Mexiko erwirbt die Union die Staaten Sonora und Cinaloa, welche den Golf von Kalifornien beherrschen, für eine Summe Geldes. (Durch Erwerbung dieser zwei Provinzen, welche am Golf von Kalifornien entlang liegen, wird das Gebiet der Vereinigten Staaten bis zum Wendekreis des Krebses vorgeschoben.)

Madrid, 31. März. Das Ergebnis der Wahlen stellt sich folgendermaßen heraus: Es wurden 7 Progressisten und 6 Absolutisten gewählt. Die übrigen sind sämtlich Moderados. Es befinden sich 4 Journalisten unter den Gewählten.

Rom, 25. März. Im nahen Städtchen Marino kam es am Sonntage zu einem betrübenden Ausstritte. Ein dortiger Einwohner, Namens Capolei, Bruder des hier wegen Ermordung eines Brigadiers der Gensd'armen voriges Jahr hingerichteten Metzgers Capolei, bemerkte, daß mehrere seiner alten Freunde ihn in letzter Zeit zu meiden anfingen. Er erfuhr, der Governatore von Marino sei schuld daran; er habe Capolei's Freunden vorgeschickt, es sei nicht ehrenhaft, mit einem, wenn auch wohlhabenden, Manne umzugehen, dessen Bruder auf der Guillotine gestorben sei. Capolei, dadurch aufs tiefste gekränkt, erschien Sonntag in der Wohnung des Governatore, stellte ihn zur Rede, stach ihn aber nieder, noch ehe er ein Wort entgegnet hatte. Die zu Hilfe eilende Frau des Niedergestochenen wurde durch zwei Messerstiche gefährlich verwundet. Capolei ist bereits in den Händen der Justiz.

Türkei. Aus Marseille vom 31. März, Abends, werden Nachrichten aus Konstantinopel vom 19 gemeldet. Die türkische Regierung hatte an die fremden Gesandtschaften eine Denkschrift gerichtet, in welcher sie ihnen mittheilt, daß es den Ausländern in Zukunft untersagt sei, ohne besondere Erlaubniß und mit Hilfe europäischer Handwerker Reparaturen an ihren Wohnungen vorzunehmen. In der ganzen Türkei machte sich der Mangel an Lebensmitteln sehr fühlbar, und namentlich in Bosnien herrschte große Noth. Bey Pascha, Gouverneur von Sandia, hatte unter den angelehnen Bewohnern der Inseln aus Anlaß der Steuerfrage zahlreiche Verhaftungen vornehmen lassen. Die darüber erbitterten Muselmänner hatten sich deshalb bei Reschid Pascha beschwert.

Asien. Die Untersuchungs-Kommission, welche von Seiten

der türkischen Regierung in der Kangaroo-Frage ernannt wurde, ist nach einem Berichte der „Patrie“ aus Konstantinopel, 20. März, zur Berichterstattung gelangt. Nach diesem, dem Großvezier vorgelegten Aktenstücke sind Ferhad Pascha und Ismail Bey, die im Seraskierat sitzen, wirklich die Haupturheber nicht bloß der Kangaroo-Expedition, sondern auch mehrerer früheren ähnlichen Sendungen an Waffen u. s. w. an die Tcherkessen. Aus diesem Grunde beantragt die Kommission den Anklagezustand der Verhafteten. Die öffentliche Meinung ist Ismail Bey sehr günstig, da derselbe geborner Tcherkesse und auch sonst höchsten Ortes sehr geachtet ist. Desto entschiedener ist man gegen Ferhad Pascha, der als Graf Stein in der österreichischen Armee laut der „Patrie“ wiederholt von Fürst Metternich zu vertraulichen Missionen benutzt ward, dann zu den ungarischen Insurgenten überging und auch in der Türkei sich nie volles Vertrauen erworben und stets mit allen türkischen Offizieren, wie mit den früheren ungarischen Offizieren, trotz seines bedeutenden militärischen Talentes schlecht gestanden hat. Auch einige Subaltern-Beamte und ge'ater Kaufleute sind in die Sache verwickelt.

Aus Bombay, 5. März, wird ausführlich über das Zusammenreffen der Engländer und Perser berichtet. Der Befehlshaber der Perser, Suttscha-ul-Molk, wird wohl seine Niederlage mit dem Tode büßen, da schon sein Vater, als die Nachricht nach Schiraz gelangte, daß er kapitulirt habe, sofort hingerichtet worden ist.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Donnerstag 2. April. Eine auf außerordentlichem Wege hier eingetroffene Nachricht aus Konstantinopel vom 1. d. meldet, daß die englische Flotte am 31. März Konstantinopel verlassen habe und nach Malta abgefegelt sei.

Paris, Donnerstag 2. April. Gestern hat die sechste Konferenz-Sitzung in der neuenburger Angelegenheit stattgefunden; man versichert, daß morgen wieder eine Sitzung sein werde.

Berliner Börse.

Donnerstag, den 2. April 1857.

Die Börse war heute in sehr fester Haltung, bei ziemlich lebhaftem Verkehr, insbesondere wurden berliner Handelsgesellschaft namhaft höher bezahlt.

Eisenbahn-Aktien.	Su- und Ausländische Fonds:
Berg-Märk. 88 1/2 B.	Pr. Staatsschuldscheine 84 1/4 B.
Nachn-Nachricht 60 1/2 B.	Deut. 5% Metall. 81 1/4 B.
Berl.-Hamburg. 113 G.	5% Nat.-A. 83 3/8 B.
Prsb.-Nbg. 134—6 1/2 B.	250 fl. Pr.-Obl. 107 B.
Stettin 136 1/2 B.	Preuß. und voll eingezahlte
Anhalt 146—5 B.	ausländ. Bank-Aktien.
Röln-Minden 151 1/4 B.	Prß. Bank-An.-Sch. 139 B.
Br.-Schw.-Fr. alt. 129—30 B.	B. Bank-Ber. 99 7/8 B.
do. do. neue 124 1/2 B.	B. Obl.-A. 97—98 1/2—98 B.
Oberschl. Litt. A. 147 B.	Waar.-Kr.-A. 100 1/2—3/4 B.
do. Litt. B. 135 1/2 G.	Dis.-A. 111 1/2—3/4 B.
do. Litt. C. 133 B.	Br. Bank-Akt. 130 B.
Cos.-Obl. (Wilhelm.) 78—80 B.	Darmst. „ 115—1/4 B.
Düsseldorf-Elberf. —	do. Zettel „ 100 1/2 B.
Rheinische 135 1/2 B.	Deß.-Kred. „ 89 1/2—89 B.
Thüringer 124 B.	Mölb. Land. „ 102 1/2 B.
Stargard-Posen 99 B.	Leipz. Kredit „ 90 1/2 B.
Magdeb.-Halberst. —	Meininger „ „ 94 1/2 B.
Magdeb.-Wittenb. 47 1/2 B.	Deutreich „ „ 137 1/2 B.
Mecklenburger 56 3/4 B.	Thüring. B.-Akt. 102 3/4 B.
Fr.-Witb.-Nrb. 56 3/4 B.	Weimarische —
Ludw.-Berb. 147 1/4 B.	Prß. Obl.-A. Anth. 94 B.
Deut.-fr.-St.-Eis. 159 1/2—59 B.	Schl. Bank-B.-Anth. 94—1/4 B.

Getreide: Roggen pr. März 42 B. Spiritus loco 30 1/4. Rüböl loco 17 1/8.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Dunder in Berlin.

Druck für Dunder & Weidling in Berlin.
F. Weidling, Poissdamerstr. 20.

Berlin,
Verlag von Franz Dunder.

Hierzu 1 Beilage.